

Stadtkanzlei

Rathaus, Postfach 145, CH-3602 Thun

Telefon +41 (0)33 225 82 21, Fax +41 (0)33 225 82 02
stadtrat@thun.ch, www.thun.ch**Protokoll****Stadtrat von Thun****Sitzung 4. vom 07. Mai 2013, 17:00 Uhr, Rathaus, Thun**

Anwesend**Stadtrat**

Vorsitz: Stadtratspräsident Peter Aegerter
Hanspeter Aellig, Suzanne Albrecht Wyss, Martin Allemann, Jonas Baumann-Fuchs, Alfred Blaser, Christine Buchs, Piero Catani, Andrea de Meuron, Philipp Deriaz, Susanna Ernst, Peter Fahrni, Konrad Hädener, Thomas Hiltbold, Christian Josi, Sabine Kaufmann, Alain Kleiner, Andreas Kübli, Nora Läng, Lukas Lanzrein, Manfred Locher, Thomas Marghitola, Sandra Rupp Gyger, Sandra Ryser, Daniel Schenk, Reto Schertenleib, Claude Schlapbach, Carlo Schlatter, Verena Schneiter, Franz Schori, Heinz Schürch (bis Geschäft Nr. 30), Simon Schweizer, Ursula Stöckli (ab Geschäft Nr. 27), Peter Stutz, Zeno Supersaxo, Reto Vannini, Simon Werren, Matthias Wiedmer

Gemeinderat

Stadtpräsident Raphael Lanz (ab Geschäft Nr. 27), Gemeinderätin Ursula Haller, Gemeinderäte Roman Gimmel und Peter Siegenthaler

Sekretariat

Stadtschreiber Bruno Huwyler
Protokollantin Renate Schneider

Entschuldigt

Gemeinderätin Marianne Dumermuth Lehmann, Stadträtin Heidi Anderes und Stadtrat Serge Lanz
Stadtratssekretär Remo Berlinger

Schluss der Sitzung 19:15 Uhr

Der Stadtratspräsident eröffnet die Sitzung und begrüsst alle Anwesenden. Speziell begrüsst er die neue Protokollführerin Renate Schneider.

25. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 27. März 2013

Das Protokoll wird **vom Rat** einstimmig genehmigt.

26. Aufsichtsstelle für Datenschutz

Kenntnisnahme vom Tätigkeitsbericht 2012 des Datenschutzbeauftragten

Bericht des Gemeinderates Nr. 7/2013

Martin Allemann, **SAKO P+F**, weist darauf hin, dass der Bericht diskussionslos zur Kenntnis genommen und als gut befunden wurde.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 15 Absatz 3 des Datenschutzreglements und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 8. März 2013, beschliesst:

Der Tätigkeitsbericht 2012 des Datenschutzbeauftragten wird zur Kenntnis genommen.

27. Schlossmuseum Thun: Mieterspezifischer Ausbau im Parterre des Neuen Schlosses; Neupositionierung des Schlossmuseums

Bewilligung eines Verpflichtungskredites von CHF 650'000 für bauliche Investitionen

Bericht des Gemeinderates Nr. 8/2013

Gemeinderätin Ursula Haller informiert, dass sich der Stadtrat vor Ort ein Bild über die Situation im Alten und im Neuen Schloss machen konnte. Aus Respekt vor der Meinungsbildung des Stadtrates wird sie erst nach den Voten einen Kommentar abgeben.

Peter Stutz, **SAKO BiSK**, fand die Besichtigung sehr hilfreich. Der Rundgang zeigte die suboptimalen Verhältnisse auf. Die beengten Arbeitsbedingungen sind verbesserungswürdig. Das Projekt macht einen guten Eindruck und wird die Attraktivität des Schlossmuseums deutlich steigern. Nicht nur die Besucher werden durch den Umbau profitieren, sondern auch die Angestellten. Die Eröffnung der Feierlichkeiten "750 Jahre Thuner Handfeste" betrachtet er als idealen Zeitpunkt, um die Ausstellungserneuerung zu präsentieren. Nach der Ortsbegehung ist der Wunsch nach einem guten Spielplatz oder nach einer Brätlistelle genannt worden. Die Stadt wird die Anregung an die Schlossberg Thun AG weiterleiten. Die Fragen rund um die Baukostenplanung sind transparent und vollständig beantwortet worden. Die SAKO stimmt dem Antrag des Gemeinderates einstimmig zu.

Die **Fraktion Grüne**, so Stadtrat Stutz, unterstützt den Antrag des Gemeinderats ebenfalls einstimmig. Auffallend ist das Honorar des externen Architekten. Immer wieder müssen Aufträge extern vergeben werden, weil die Kapazität beim Stadtpersonal fehlt. Schon aus diesem Grund darf der Stellenetat bei der Stadtverwaltung nicht gekürzt werden.

Susanna Ernst-Reusser, **BDP-Fraktion**, fand den Rundgang vor Ort sinnvoll. Wenn man den Antrag des Gemeinderats liest, ist klar, dass man dem Geschäft nur zustimmen kann. Die Fraktion unterstützt den Antrag einstimmig. Über die Möglichkeit eines höheren Betriebsbeitrags der Stadt ist transparent informiert worden. Als positiv beurteilt sie, dass die Stiftung Massnahmen durch Eigenmittel und Sponsorengelder finanzieren will. Die Fraktion stört sich an der ablehnenden Haltung von Mitgliedern der RKK (Regionale Kulturkonferenz) gegenüber einer geringen Erhöhung der Beiträge.

Simon Schweizer, **SVP-Fraktion**, befürwortet den Antrag einstimmig. Es ist ein überzeugendes Konzept. Das Schloss als Wahrzeichen der Stadt muss die nötige finanzielle Aufmerksamkeit erhalten. Eine ansprechende und somit besucherorientierte Ausstellung braucht einen entsprechenden personellen, betrieblichen und finanziellen Aufwand. Der Fraktion ist Weitsicht und Objektivität bei der Neupositionierung und bei den Finanzen sehr wichtig. Einerseits werden die Gelder aus der RKK nicht fliessen. Andererseits muss das historische Schlossmuseum Werte schaffen, die auch späteren Generationen Zugang zu ihrer Geschichte bieten. Die Fraktion stimmt dem Verpflichtungskredit zu. Wenn der Betriebsbeitrag an das Schlossmuseum erhöht wird, sind in anderen Bereichen Einsparungen zu prüfen. Die Fraktion hofft, dass dies bei den nächsten Debatten berücksichtigt wird.

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, befriedigt die aktuelle Situation nicht. Das vorliegende Konzept ermöglicht eine moderne, zeitgerechte Sonder- und Dauerausstellung. Es ist eine Investition in die Zukunft der Stadt. Die Besitz- und Mietverhältnisse sind etwas verschachtelt. Die Fraktion vertraut dem Gemeinderat, dass diese Lösung im Gesamtrahmen betrachtet optimal ist. Die finanziellen Auswirkungen sind transparent dargelegt. Der Fraktion ist es wichtig, dass die gleichen Unternehmen, die bereits auf dem Schlossberg engagiert sind, mindestens für die Projektierung angefragt werden. Die Fraktion stimmt dem Verpflichtungskredit einstimmig zu.

Sandra Rupp Gyger, **SP-Fraktion**, dankt für die aufschlussreiche Führung. Sie ist grundsätzlich gegen Schönheitsoperationen, für das Schlossmuseum gilt aber eine Ausnahme. Ein kleines Facelifting reicht nicht mehr aus. Ein Kompliment geht an alle Mitarbeitenden des Museums, welche trotz schlechten Arbeitsbedingungen gute Leistungen erbringen. Dass die Stiftung Schlossmuseum einen grossen Beitrag selber leisten oder mit Drittmitteln finanzieren will, ist erfreulich. Ein Wermutstropfen bleibt der lange Zeitraum von 8 Jahren für die Erneuerung der Ausstellung. Die Fraktion regt die Überprüfung eines Vorschusses durch die Stadt an, damit das Projekt schneller realisiert werden kann. Dem Verpflichtungskredit stimmt die SP-Fraktion einstimmig zu.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion der Mitte**, unterstützt das Projekt, da die Attraktivität des Schlossmuseums gesteigert werden muss. Das Museum gilt für Thun als USP, also als Alleinstellungsmerkmal. In Thun gibt es nicht viele touristische Schlechtwettermöglichkeiten. Die Besucherzahlen sind gut und werden sich nach dem Umbau noch steigern. Was gut läuft, soll gestärkt und weiter ausgebaut werden. Die Investitionen lohnen sich. Die Fraktion stimmt dem Verpflichtungskredit einstimmig zu.

Gemeinderätin Ursula Haller ist über die positiven Voten erfreut und dankt allen Beteiligten bestens. Es ist ein historischer Moment, geht es doch um die Zukunft des Thuner Wahrzeichens. Auf der einen Seite setzen sich ein privater Investor, ein Stiftungsrat und ein Förderverein ein, auf der anderen Seite unterstützen der Gemeinderat und nun auch der Stadtrat das Schloss. Die Anregung von Stadträtin Rupp bezüglich eines Vorschusses nimmt der Gemeinderat entgegen. Gemeinderätin Haller weist darauf hin, dass in den Zweckbestimmungen der Stiftung vorgeschrieben ist, dass nicht mehr als 50 % des Vermögens ausgegeben werden darf. Daher ist nicht klar, ob ein Vorschuss überhaupt möglich ist. Es wird sehr viel Einsatz geleistet, um die benötigten Mittel aufzutreiben. Die Feierlichkeiten „750 Jahre Thuner Handfeste“ sind der richtige Zeitpunkt um zu zeigen, dass sich etwas bewegt im Alten und im Neuen Schloss.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 lit. a Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 4. April 2012, beschliesst:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von CHF 650'000 als neue Ausgabe zu Lasten Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 503/3810.001.0 (Bestandesrechnungs-Konto Nr. 1143.20.01), für den mieterspezifischen Ausbau im Parterre des Neuen Schlosses.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

28. Motion M 1/2013 betreffend mehr Handlungskompetenz des Stadtrates in finanzpolitischen Fragen

Lanzrein Lukas (SVP), Aellig Hanspeter (FDP) und Mitunterzeichnende vom 14. Februar 2013; Beantwortung

Stadtpräsident Raphael Lanz erläutert die Antwort des Gemeinderats und betont die bereits existierenden, bewährten finanzpolitischen Instrumente in der Stadt. Die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten sollen nicht vermischt werden. Er weist auf die unterschiedliche institutionelle Situation im Kanton und in der Stadt hin. In der Stadt Thun werden Legislative und Exekutive im Proporzverfahren gewählt. Die Mehrheitsverhältnisse sind einigermaßen gut abgebildet. Im Kanton Bern hingegen werden die Legislative im Proporzverfahren und die Exekutive im Majorzverfahren gewählt. Die Mehrheiten sind unterschiedlich, was zu grundsätzlichen Problemen zwischen den beiden Gremien führt. Die Wahrscheinlichkeit für solche Probleme ist in der Stadt geringer. Zum heutigen Zeitpunkt sieht der Gemeinderat keinen Handlungsbedarf.

Lukas Lanzrein (SVP) dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung. Er unterstreicht die Argumente der Motionäre und verweist auf das traditionelle Machtgefälle zwischen „Profi-Regierung“ mit Verwaltung und Milizparlament. Der Gemeinderat bearbeitet den Voranschlag und verabschiedet den AFP. Der Stadtrat genehmigt den Voranschlag oder ändert ihn allenfalls ab und nimmt den AFP zur Kenntnis. Das Verfahren auf kantonaler Stufe verläuft ähnlich. Der vom Gemeinderat geprüfte Voranschlag ist fast sakrosankt, da dem Parlament eine zu kurze Vorbereitungs- bzw. Bearbeitungszeit zur Verfügung steht. Für das Milizparlament ist es schwierig, konkrete Änderungsvorschläge zu formulieren. Die komplexen Zusammenhänge und Konsequenzen von Budgetkürzungen können in dieser kurzen Zeitphase nicht vollständig erfasst werden. Die Funktion des Parlamentes ist es, die Verantwortung über die Steuergelder wahrzunehmen und damit auch Handlungseinfluss auf finanzpolitische Entscheide zu nehmen. Die Finanzmotion würde es dem Stadtrat ermöglichen, laufend und verbindlich auf den Voranschlag und auf den AFP einwirken zu können. Stadtrat Lanzrein betont, dass die Motion in keiner Weise ein Misstrauensvotum gegen den Gemeinderat ist. Eher kann sie als Misstrauensvotum gegen den Stadtrat betrachtet werden. Seine Erfahrungen im Stadtrat haben ihm aufgezeigt, dass das Parlament nicht immer Verständnis für Änderungsanträge zeigt. Der Gemeinderat hat mit seiner Antwort teilweise den Kern der Wahrheit getroffen. Auf Kantonsebene besteht tatsächlich sehr viel Unsicherheit bezüglich der Finanzmotion, die in einer ersten Lesung vom Grossen Rat beschlossen wurde. Die Idee der Finanzmotion soll aufrecht erhalten bleiben bis der kantonale Entscheid vorliegt. Anschliessend kann das Stadtparlament über eine Einführung entscheiden.

Die **SVP-Fraktion**, so Stadtrat Lanzrein, und die Motionäre stellen den Antrag um Umwandlung der Motion in ein Postulat mit Nichtabschreibung.

Konrad Hädener, **Fraktion der Mitte**, ist der Meinung, dass der Vorstoss auf einen Holzweg führt. Die Motion ist für die Verhältnisse in Thun nicht begründet. Auf die Widersprüche in der Motion will die Fraktion nicht näher eingehen. Die Stellungnahme des Gemeinderats ist fundiert und stichhaltig. Der Finanzvorsteher und Stadtpräsident Raphael Lanz, der von SVP und FDP gewählt wurde, geniesst das Vertrauen der Fraktion. Es fragt sich, wieso die bürgerliche Mehrheit im Stadtrat keine vernünftigen Sparmassnahmen soll durchbringen können. Der Anspruch der Motionäre, dass fachlich überforderte Milizparlamentarier in die „Profi-Regierung“ und in die „Profi-Finanzverwaltung“ eingreifen können, ist nicht sinnvoll. Zu den Aussagen von Stadtrat Lanzrein zum Budgetprozess stellt Stadtrat Hädener fest, dass der Budgetprozess auch für den Stadtrat bereits mit den SAKO-Sitzungen im Februar beginnt. Werden die Unterlagen erst im Herbst studiert, ist es tatsächlich zu spät für eine detaillierte Auseinandersetzung. Die Zusammenarbeit zwischen dem Gemeinderat und dem Stadtrat kann mit Autofahren verglichen werden: Der Gemeinderat sitzt am Steuer, der Stadtrat auf dem Beifahrersitz. Die Legislative hat erhebliche Einflussmöglichkeiten. Sie kann das Ziel, die Route oder die Ankunftszeit vorgeben, aber die Vorgaben müssen rechtzeitig angemeldet werden. Es ist nicht ratsam, als Beifahrer in das Lenkrad zu greifen. Die Fraktion lehnt den Vorstoss ab, auch in Form eines Postulats.

Zeno Supersaxo, **FDP-Fraktion**, befürwortet die verstärkte Einbindung des Stadtrates in Entscheidungs- und Steuerungsmechanismen. Der Vorstoss führt keineswegs auf einen Holzweg. Die Finanzmotion ermöglicht dem Parlament, bereits in einer frühen Phase auf die rollende Aufgaben- und Finanzplanung Einfluss zu nehmen. Es ist keineswegs ein Misstrauensvotum gegen den Gemeinderat. Die Stellungnahme des Gemeinderats ist nachvollziehbar. Es ist enttäuschend, dass das Instrument nicht näher geprüft wurde. Die Fraktion unterstützt die Umwandlung der Motion in ein Postulat.

Claude Schlapbach, **BDP-Fraktion**, weist darauf hin, dass die Problematik des Milizsystems gegenüber der „Profi-Regierung“ auch mit der Einführung der Finanzmotion bestehen würde. Die Gefahren der Finanzmotion sind eine Vermischung der Zuständigkeiten und der Verantwortlichkeiten. Die Situation des Kantons kann nicht ohne weiteres auf die Stadt Thun übertragen werden. Die Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderats zu und wünscht keine Umwandlung in ein Postulat.

Alfred Blaser, **SP-Fraktion**, ist der Meinung, dass es sich bei diesem Vorstoss um eine reine Juristenvorlage mit vielen Fussnoten handelt. Es fragt sich, ob sich das Parlament mit detaillierten juristischen Fussnoten beschäftigen will. Die Motionäre stellen den Sachverhalt als rechtlich gegeben dar, der Gemeinderat widerspricht dem. Die Finanzmotion birgt die Gefahr für endlose Budgetdiskussionen. Der Vorstoss ist ein Misstrauensvotum gegen die Kommissionen, die sich mit dem Finanzsteuerungsprozess beschäftigen. Ein politischer Mehrwert kann durch den Vorstoss nicht erzielt werden. Die Fraktion dankt dem Gemeinderat für die Ausführungen und lehnt die Motion ab.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, stellt fest, dass der Vorstoss den Bereich des gesunden Menschenverstandes verlässt. Es ist eine Zumutung, für die Meinungsbildung Rechtsgutachten lesen zu müssen. Es fehlt an guten Ideen, keineswegs an guten Instrumenten. Gute Ideen sind konkrete Vorschläge zum Sparen oder zur Ertragserhöhung. Einen Vorstoss aus dem Grossen Rat zu übernehmen, ist hingegen keine gute Idee. Würden die Motionäre eine vernünftige, konstruktive Idee vorlegen, wäre die Fraktion Grüne zur Unterstützung bereit. Der Stadtrat hat durchaus einen rollenden Budgetprozess. Die Mitgestaltung ist möglich. Den gleichen, teilweise überforderten Parlamentariern ein weiteres Instrument zur Verfügung zu stellen, ist sinnlos. Der Vorstoss bringt das Parlament nicht weiter. Die Stadt Thun ist nicht der Kanton Bern. Die Fraktion lehnt den Vorstoss ab, auch in der Form eines Postulats.

Lukas Lanzrein (SVP) stellt fest, dass die Ablehnungsgründe vielfältig sind. Der Gemeinderat lehnt den Vorstoss aus institutionellen Gründen ab, weil die Zuständigkeit für die Erarbeitung des Voranschlags immer beim Gemeinderat lag. Der Stadtrat würde mit der Finanzmotion als Gremium gewinnen. Er bittet um Überweisung des Postulats und um Nichtabschreibung.

Stadtpräsident Raphael Lanz weist darauf hin, dass der Stadtrat anlässlich der Genehmigung des Voranschlags unbestritten befugt ist, Einwände zu machen. Ein neues Instrument verbessert das Wissen des Stadtrats nicht automatisch. Es sind genügend bewährte Instrumente für den Stadtrat vorhanden, um gute Ideen einbringen und um aktive Finanzpolitik betreiben zu können. Der Gemeinderat wird weiterhin verantwortungsvolle Arbeit leisten und mit den Steuergeldern haushälterisch umgehen.

Der Stadtratspräsident informiert, dass die Motion in ein Postulat umgewandelt wurde. Die Postulanten verzichten auf eine weitere Stellungnahme.

Der Rat lehnt das Postulat mit 23 : 15 Stimmen ab.

29. Postulat P 21/2012 betreffend Stellenüberprüfung in allen Direktionen

Lukas Lanzrein (SVP), Hanspeter Aellig (FDP), Peter Aegerter (BDP) und Mitunterzeichnende vom 14. Dezember 2012; Beantwortung

Stadtpräsident Raphael Lanz hält fest, dass auch im Personalbereich haushälterisch mit den Mitteln umgegangen wird. Die Stadtverwaltung verfügt über gutes Personal mit Fachwissen. Die Bürgerinnen und Bürger sollen zu ihren Rechten kommen, was einen gewissen Personalbestand voraussetzt. Wie die Tabelle in der Stellungnahme des Gemeinderates zeigt, muss Thun den Vergleich mit anderen Städten nicht scheuen. Sie zeigt, dass die Personalkosten pro 1'000 Einwohner in Thun sehr tief sind. Der Gemeinderat sieht kein Indiz für einen Handlungsbedarf und stuft den Stellenbestand als nicht zu hoch ein. Sollen Stellen abgebaut werden, erwartet der Gemeinderat vom Parlament konkrete Vorschläge, wie die Aufgaben effizienter erfüllt oder welche Dienstleistungen gestrichen werden können. Stellenerhöhungen sind oft die Folge von Beschlüssen. Was bestellt wird, muss auch bezahlt werden. Bei Stellenbegehren klärt der Personalchef, Peter Heimann, die Strukturen ab und sucht nach Verbesserungsmöglichkeiten. Neue Stellen werden nur im Rahmen des Budgetprozesses bewilligt. Stadtpräsident Lanz unterstreicht, dass der Gemeinderat durchaus nicht sämtliche Stellenbegehren bewilligt. Der Gemeinderat nimmt seine finanzpolitische Verantwortung wahr. Den Stellenbestand laufend kritisch zu prüfen, erachtet er als seine Daueraufgabe. Der Gemeinderat beantragt das Postulat zu überweisen und gleichzeitig abzuschreiben. Falls die Abschreibung nicht erfolgt, erwartet der Gemeinderat einen konkreten Auftrag.

Hanspeter Aellig (FDP) will unter keinen Umständen die Leistungen des Verwaltungspersonals geringschätzen. Er dankt dem Gemeinderat für die ausführliche Stellungnahme. Die Komplexität der Fragestellung ist ihm bewusst. Die Entwicklung der Stadtfinanzen ist besorgniserregend. Der steigende Personalbestand trägt zu dieser negativen Entwicklung bei. Die Postulanten wünschen sich eine Strategie über den Leistungs- und Stellenausbau. Wie sieht die Entwicklung in den nächsten 10 Jahren aus? In Zukunft können der Gemeinderat und der Stadtrat gemeinsam überlegen, wie die Stadt Thun den Stellenbestand haushälterisch bewirtschaften kann. Die Postulanten beantragen die Überweisung des Postulats und dessen Nichtabschreibung.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, geht es bei diesem Vorstoss eher darum, dass die Postulanten auf ihren Sparwillen aufmerksam machen wollen. Das Postulat wird nichts bewirken und ist sinnlos. Das Parlament nimmt seine Aufgabe nicht wahr, indem es dem Gemeinderat vorschreibt zu sparen, jedoch keine konkreten Vorgaben oder Ideen liefern kann. Der Gemeinderat nimmt die Aufgabe der Stellenüberprüfung bereits als Daueraufgabe wahr. Die Fraktion stellt den Gegenantrag, das Postulat nicht anzunehmen und abzuschreiben, sondern direkt abzulehnen.

Andreas Kübli, **Fraktion der Mitte**, dankt den Postulanten für den Vorstoss. Von Zeit zu Zeit solche Vorstösse einzureichen, hat einen positiven Effekt. Es sollen nur Leistungen bezahlt werden, die tatsächlich geliefert werden. Die reine Fokussierung auf den Personalkörper greift aber zu kurz. Personalkosten in den Griff zu bekommen, bedeutet auch Verzicht der Bürgerinnen und Bürger auf gewisse Leistungen. Stadtrat Kübli dankt dem Gemeinderat für die Stellungnahme. Die Zunahme des Stellenbestandes lässt

sich nachvollziehen. Um die Ab- und Zugänge beurteilen zu können, hätte sich die Fraktion mehr Details gewünscht. Die Tabelle auf Seite 4 der Stellungnahme würde hinsichtlich der Steuerkraft ein ganz anderes Bild abgeben. Mit der Nichtabschreibung des Postulats besteht die Gefahr, dass der Vorstoss lange pendent bleiben würde. Neue Vorstösse in diese Richtung könnten nicht eingereicht werden. Die Fraktion stimmt der Annahme und gleichzeitiger Abschreibung des Postulats zu. Sie wird sich ähnliche Vorstösse vorbehalten.

Claude Schlapbach, **BDP-Fraktion**, fehlen in den Ausführungen die möglichen Auswirkungen eines Stellenabbaus auf die Leistungen. Mit dem Antwortschreiben des Gemeinderats ist die Fraktion im Wesentlichen einverstanden. Strukturelle Probleme liegen nicht vor. Die Fraktion nimmt das Postulat an und unterstützt die Nichtabschreibung.

Christine Buchs, **FDP-Fraktion**, unterstützt den Vorstoss und dankt dem Gemeinderat für die Ausführungen. Sie schliesst sich dem Votum von Stadtrat Aellig an. Die Fraktion nimmt das Postulat an und unterstützt die Nichtabschreibung.

Lukas Lanzrein (SVP) weist darauf hin, dass der Personalaufwand in den letzten 10 Jahren von 46,3 Mio. Franken auf 58,3 Mio. Franken und der Stellenbestand um 32 Stellen zugenommen hat. Der Trend ist eindeutig. Der AFP 2013-2016 rechnet mit einer Neuverschuldung von 48 Mio. Franken auf 173 Mio. Franken. Pro Einwohner gilt es einen Schuldenberg von fast 4'000 Franken zu tragen. Zur Stellungnahme des Gemeinderats gilt festzuhalten, dass nur sehr wenige Stellen auch zu Mehreinnahmen führen. In der Tabelle auf Seite 4 sieht Thun gut aus, da die Steuerkraft nicht berücksichtigt ist. Der Gemeinderat ist gefordert, die Steuerkraft der Gemeinde zu fördern. In dieser Hinsicht fehlen konkrete Projekte. Die Frage ist, wo konkret gespart werden kann. Einsparungen sind sicherlich bei freiwilligen Leistungen der Stadt möglich. Ausserdem stehen Leistungen zur Diskussion, die nicht unbedingt durch die öffentliche Hand erbracht werden müssen, sondern von Dritten übernommen werden können. Stadtrat Lanzrein ist der Meinung, dass der Auftrag an den Gemeinderat im Falle einer Nichtabschreibung im Vorstoss deutlich formuliert ist. Da es sich um eine Daueraufgabe handelt, soll der Vorstoss nicht abgeschrieben werden.

Die **SVP-Fraktion**, so Stadtrat Lanzrein, nimmt das Postulat an und unterstützt die Nichtabschreibung.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, weist darauf hin, dass die laufende Legislaturperiode nur noch 1,5 Jahre dauert. Diese Tatsache spricht klar für eine Abschreibung des Postulats. Wer länger als zwei Jahre im Stadtrat ist, weiss, dass eine Nichtabschreibung illusorisch wäre. Rechtliche Bestimmungen wie Vertragsrechte des Personals müssen berücksichtigt werden. Der Vorstoss sollte in zwei Jahren anfangs der neuen Legislaturperiode gebracht werden. Mit der Antwort des Gemeinderats ist die Fraktion zufrieden. Der Stellenbestand ist in der laufenden Legislaturperiode nicht stark gestiegen. Die Personalführung ist Aufgabe des Gemeinderats. Erkennt das Parlament Missstände, muss es darauf hinweisen. Stadtrat Hiltbold sind keine Reklamationen über die Stadtangestellten bekannt. Die Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderats einstimmig zu.

Christian Josi (SVP) erläutert den Vorstoss und weist auf die Formulierung des Auftrags an den Gemeinderat hin. Es handelt sich um die Prüfung eines Stellenabbaus. Zum Votum von Thomas Hiltbold informiert Stadtrat Josi, dass der zu prüfende Stellenabbau vornehmlich durch natürliche Fluktuationen erfolgen soll und daher rechtliche Bestimmungen zu keinen Verzögerungen führen. Es interessiert, wie der Gemeinderat diese Daueraufgabe ausführt, ob es eine Strategie gibt, ob Prozesse überprüft werden und welche Kriterien gelten. Vom Gemeinderat wird das Aufzeigen der Systematik dieser Stellenüberprüfungen erwartet. Effizientere Abläufe und Prozesse könnten verwaltungsintern zu Einsparungen führen. Konkret weist Stadtrat Josi auf die Schulsozialarbeit und auf die Abteilung Soziales hin. Bei der Schulsozialarbeit sind 30 Stellenprozente für die Führung vorgesehen. Es stellt sich die Frage, ob es diese Führung tatsächlich braucht. Die Abteilung Soziales weist trotz Weggang KES 10,5 Stellen mehr aus. Daraus schliesst er, dass die massive Erhöhung nur auf die Zunahme der Fallbelastung zurückzuführen ist. Inwiefern diese Stellen überprüft worden sind, entzieht sich der Kenntnis der Postulanten, da für die Personalführung der Gemeinderat verantwortlich ist.

Reto Vannini (BDP) unterstützt die Ausführungen von Stadtrat Thomas Hiltbold. Er ist für die Abschreibung des Postulats, ist jedoch nicht glücklich, zu einem späteren Zeitpunkt wieder über einen ähnlichen Vorstoss debattieren zu müssen. Die Kantons- und Stadtverwaltungen bieten seiner Meinung nach teilweise Arbeitsstellen an, die in der Privatwirtschaft nicht mehr vorkommen. Für Menschen, die aus diversen Gründen nicht sehr leistungsfähig oder wenig belastbar sind, sind diese Stellen wichtig. Die Stadt bildet viele Jugendliche aus. Die Betreuung der Jugendlichen durch Fachpersonen belastet zwar das Budget, ist aber wichtig. Stadtrat Vannini vertraut dem Gemeinderat, dass dieser seine Aufgabe wahrnimmt.

Stadtpräsident Raphael Lanz verzichtet auf konkrete Aussagen bis auf Mitarbeiterstufe. Zurzeit laufen mehrere Strukturüberprüfungen im Auftrag des Gemeinderats. Hat der Gemeinderat das Gefühl, dass eine Organisation nicht effizient ist, verlangt er einen Bericht. Der Gemeinderat nimmt seine Aufgabe wahr, auch seine soziale Verantwortung als Arbeitgeber. Er will einen modernen Dienstleistungsbetrieb im Sinne der Bürgerinnen und Bürger führen. Im Verhältnis zum Gesamtaufwand hat sich der Personalaufwand in den letzten 10 Jahren nicht erhöht. Die Schaffung von neuen Stellen wird sorgfältig überprüft. Der Gemeinderat fällt keine ideologischen Entscheide. Zum Teil kann der Gemeinderat nicht über die Schaffung von Stellen entscheiden. Mit der Einführung von Tagesschulen mussten auch zusätzliche Stellen im Amt für Bildung und Sport geschaffen werden. Die Schulsozialarbeit ist vom Stadtrat mit demokratischem Entscheid angenommen worden. Die Erhöhung des Stellenbestandes bei der Abteilung Soziales begründet sich durch die massive Zunahme der Fallbelastung. Der Abgang der KES-Mitarbeitenden ist im ausgewiesenen Stellenbestand berücksichtigt. Die Auswirkungen eines Stellenabbaus müssen nicht in Berichtsform festgehalten werden. Die Folgen bei der Kehrrixtabfuhr, bei der Sozialberatung usw. sind offensichtlich. Es stellt sich die Frage, ob tatsächlich in allen Direktionen eine flächendeckende Analyse erfolgen soll. Zu keinem Bereich wird ein einziges konkretes Beispiel genannt. Der Gemeinderat betrachtet eine Überprüfung ohne das Vorliegen von Gründen als ineffizient. Die Schulden der Stadt Thun sind massiv abgebaut worden. Durch die neuen Investitionen steigen sie wieder an, stehen aber Werten in Form von Infrastruktur gegenüber. Der Gemeinderat wird weiterhin sorgfältig mit den finanziellen Mitteln umgehen. Das langfristige Ziel ist die Erhöhung der Steuerkraft. Weil die Steuerkraft zugenommen hat, erhält die Stadt 1 Mio. Franken weniger aus dem Lastenausgleich. Sollte der Vorstoss überwiesen und nicht gleichzeitig abgeschrieben werden, ist dem Gemeinderat der Auftrag nicht klar.

Hanspeter Aellig (FDP) dankt für die Ausführungen. Mit der Antwort des Gemeinderats ist er relativ zufrieden. Einige Punkte sind noch offen. Wird über das Personal diskutiert, verhärten sich die politischen Fronten. Die Aussagen sind der Sache oft nicht dienlich. Der Auftrag an den Gemeinderat ist im Vorstoss deutlich formuliert. Er bittet um Überweisung und Nichtabschreibung des Postulats.

Der Rat überweist das Postulat mit 26 : 12 Stimmen.

Der Rat lehnt die Abschreibung des Postulats mit 20 : 18 Stimmen ab.

30. Fragestunde

Folgende Fragen sind vom Gemeinderat schriftlich beantwortet worden:

- **Fragestunde F 1/2013 betreffend " Die Tour de Suisse darf Thun nicht passieren. Darf das Thun passieren?; Fraktion FDP.Die Liberalen; Beantwortung**
- **Frage F 2/2013 betreffend "Umnutzung vom regionalen Ausbildungszentrum (RAZ) in Thun Allmendingen"; Kübli Andreas (glp); Beantwortung**
- **Frage F 3/2013 betreffend "Einquartierung von Asylsuchenden im RAZ Allmendingen"; Fahrni Peter (SVP); Beantwortung**

31. Postulat betreffend Einstellung des Projektes NKK Perron Thun

Fraktionen SVP und FDP sowie Mitunterzeichnende vom 7. Mai 2013; Dringlichkeit

Matthias Wiedmer, **SVP-Fraktion**, begründet die Dringlichkeit. Das Projekt steht kurz vor der Ausführung.

Der Gemeinderat ist mit der Dringlichkeit einverstanden.

Der Rat stimmt der Dringlichkeit mit 34 : 3 Stimmen zu.

Mitteilungen

Keine Mitteilungen.

Eingänge

- Postulat betreffend Einstellung des Projektes NKK Perron Thun; Fraktionen SVP und FDP sowie Mitunterzeichnende vom 7. Mai 2013 (Dringlichkeit angenommen)
- Postulat betreffend Förderbeiträge für die Neuinstallation von LED Lampen; Fraktionen BDP und Grüne vom 7. Mai 2013
- Postulat betreffend „Netter Toiletten“ in Thun; Fraktionen BDP, Grüne und Mitte vom 7. Mai 2013
- Postulat betreffend Versand Pro Juventute Elternbriefe; Nora Läng (SP) und Mitunterzeichnende vom 7. Mai 2013
- Interpellation betreffend Chancen der Geothermie im Raum Thun; Andreas Kübli (glp) vom 7. Mai 2013

Der Stadtratspräsident

Der Stadtschreiber

Peter Aegerter

Bruno Huwyler Müller